

Resolution zur Präimplantationsdiagnostik:

Der Paritätische Baden-Württemberg spricht sich gegen die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) in Deutschland aus und lehnt eine Öffnung des Embryonenschutzgesetzes in Richtung einer Zulassung einer fremdnützigen, verbrauchenden Embryonenforschung ab. Der Paritätische Gesamtverband wird aufgefordert, auf Bundesebene entsprechend tätig zu werden. Die unten stehende Begründung soll als Resolution übernommen werden.

Begründung:

Der pro familia Landesverband Baden-Württemberg und der Landesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte Baden-Württemberg fordern die breite öffentliche Debatte über Risiken und Konsequenzen der PID, an der alle gesellschaftlichen Gruppen teilnehmen sollten.

PID ist ein Verfahren, das gesamtgesellschaftliche Relevanz hat und nicht auf dem Rücken einzelner Betroffener ausgetragen werden darf. Kinder zu bekommen, sich fortzupflanzen, ist von einer intimen und privaten Angelegenheit zur öffentlichen Sache geworden. Eine Zeugung im Labor hat viele Helferinnen und Helfer mit unterschiedlichen Motiven und Interessen.

Wer wie PRO FAMILIA Frauen und Männer in allen Fragen der Sexualität berät, ist ganz besonders der Integrität und Würde der und des Einzelnen verpflichtet. Aus dieser Verantwortung ergibt sich auch die Forderung nach einer breiten, interdisziplinären Diskussion über Grenzen und Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin, welche Aspekte der Frauengesundheit und der weiblichen Autonomie stärker berücksichtigt, als dies bislang der Fall ist.

Die neuesten Entwicklungen der Reproduktionsmedizin geben Anlass zur Sorge. Vordergrundig scheint es bei PID um eine neue medizinische Dienstleistung zu gehen, mit der Hoffnung, erbliche Krankheiten bei künftigen Generationen zu verhindern. Der pro familia Landesverband Baden-Württemberg und der Landesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte Baden-Württemberg sehen PID als Türöffner für darüber hinaus gehende Entwicklungen, die ökonomisch interessant und ethisch bedenklich sind. Letztlich handelt es sich um eine Selektionsmethode, die sich anmaßt, die Qualität von Leben zu beurteilen. Auch können Paare in ihrer individuellen Konfliktsituation und Not instrumentalisiert werden, um viel weiter gehenden Forschungsinteressen eine Legitimation zu geben. Zahlenmäßig betrachtet ist die Präimplantationsdiagnostik wenig relevant: sie betrifft nach Aussagen von Wissenschaftlern zur Zeit etwa 150 Paare in der Bundesrepublik pro Jahr.

Als Begründung für die Zulassung der PID wird mit dem Leiden von Menschen mit Behinderung und deren Eltern argumentiert. Wir plädieren dafür, finanzielle Mittel nicht in die Ausweitung der umstrittenen Gen- und Reproduktionstechniken als in die Förderung konventioneller Therapien und Rehabilitation zu investieren.

Auch da wo einzelne Menschen mit Behinderung die PID befürworten, wehren sie sich dagegen, dass sie und ihre Behinderung zur Begründung von forschungspolitischen Interessen instrumentalisiert werden. Im übrigen ist es durchaus möglich, z. B. mit der Forschung an adulten Stammzellen zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu gelangen.

Durch die modernen Möglichkeiten der Pränataldiagnostik hat sich bereits die Sichtweise von Behinderung in der Bevölkerung verändert. Behinderung wird heute zum Teil als vermeidbar angesehen. Erst recht geraten Paare, bei denen eine erhöhte Disposition für eine genetische Erkrankung vorliegt, unter zunehmenden Druck, alle zur Verfügung stehenden Untersuchungsmethoden durchführen zu lassen.

Antragsteller:

Landesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte Baden-Württemberg e. V.
pro familia Landesverband Baden-Württemberg

Die Resolution wurde von der Mitgliederversammlung des Paritätischen Baden-Württemberg am 20. Juli 2001 beschlossen.